

sich der Bischof-Koadjutor von Bogotá, Rubén Isáza, außer Landes befand. Isáza galt zu Recht als Vertreter unerläßlicher Reformen. Ihm gelang es während des letzten Jahres, zur Verwirklichung der notwendigen Pastoralreformen in der Erzdiözese eine Gruppe von Priestern in die Kurie zu holen, die genügend theologische Weitsicht und pastorale Aufgeschlossenheit gezeigt hat. Seiner Initiative ist auch zu verdanken, daß mit den Vorbereitungsarbeiten des 39. Eucharistischen Weltkongresses in Bogotá Priester beauftragt wurden, die bis dahin wegen ihrer Pastorkonzeption und ihrer sozialen Aktivitäten als verdächtige „Umstürzler“ isoliert waren. Es blieb nicht aus, daß Isáza und die von ihm geförderten Priester des „Verrats am Kardinal“ und der „Spaltung des Klerus“ beschuldigt wurden. Durch das vorläufige Verbot von „El Catolicismo“, das weniger dem Kardinal persönlich als seinem engeren Beraterkreis zugeschrieben wird, kamen die internen Spannungen an die Öffentlichkeit. In einem offenen Brief an Kardinal Concha, der nach verschiedenen Quellen von 100 bzw. 95 Priestern der Erzdiözese unterschrieben wurde, kritisierten die Geistlichen die Art und Weise, in der in Bogotá die Konzilsbeschlüsse verwirklicht bzw. verhindert würden. Die Absetzung der beiden Redakteure habe gezeigt, wie weit der Einfluß der Beratergruppe um den Kardinal ginge, die aus einer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aristokratie komme, die weder das Volk noch die Mehrheit der Gläubigen repräsentiere. Kardinal Concha rechtfertigte sich auf dieses Schreiben hin mit der Feststellung, er habe sich streng an die Beschlüsse des Konzils gehalten. Doch diese Beschlüsse müßten stets in Übereinstimmung mit den herrschenden Verhältnissen eines jeden Landes durchgeführt werden. Nur so würden schwere Probleme vermieden. Bischof-Koadjutor Isáza forderte die Priester in einem Schreiben vom 15. Oktober zu einer versöhnlichen Haltung gegenüber dem Kardinal und um Zurückhaltung der Sache wegen, um die es gehe, auf. Er bat die Priester, die öffentlichen Manifestationen einzustellen. Isáza dementierte allerdings nichts von dem Inhalt des offenen Briefes der Geistlichen, in dem nicht ohne Verbitterung vermerkt worden war, daß viele der pastoralen Pläne Isázas von der Gruppe um den Kardinal systematisch verhindert wurden bis zur finanziellen Blockierung von dessen Arbeit. Die Unterzeichner des Briefes verteidigten sich in einer weiteren Stellungnahme gegen den Vorwurf des Ungehorsams. Wenn ihr Handeln als Rebellion bezeichnet werde, so zeige sich darin nur das Ergebnis einer Denkweise, die Priester als Minderjährige betrachte, die Bischöfe isoliere und ihnen dazu noch die Möglichkeit nehme, mit dem Laien ins Gespräch zu kommen (Noticias aliadas, 19. 10. 66).

Bedauern des katholischen Presseverbandes

Die lateinamerikanische Union der katholischen Presse bedauerte in einer eigenen Stellungnahme die Absetzung der Redakteure als eine „Fehlinterpretation“. In der Solidaritätserklärung des Direktoriums von ULAPC heißt es: „Wir bedauern das um so mehr, als man von autorisierten Stimmen bis zu päpstlichen Verlautbarungen in jüngster Zeit betonte, eine freie öffentliche Meinung sei eine unerläßliche Forderung für die Kirche, soweit sie sich als Teil der Gesellschaft versteht. Sanktionen dieser Art gegen verantwortliche und bevollmächtigte Journalisten erleichtern die Meinungsbildung keineswegs.“ Gerade weil die gemäßregelten Redakteure sich ohne

öffentlichen Protest der zuständigen kirchlichen Autorität gefügt hätten, sei es Aufgabe des katholischen Presseverbandes von Lateinamerika, den Verantwortungsbereich des katholischen Journalisten im Kontinent zu verteidigen (Noticias aliadas, 15. 10. 66).

Adveniat stellte einen Antrag von „El Catolicismo“, der sich auf 26 000 DM Beihilfe zum Kauf einer neuen Druckmaschine beläuft, vorläufig zurück. Mario Revollo hatte ihn kurz vor seiner Absetzung eingereicht, da die Zeitschrift mit der jetzigen technischen Ausrüstung nicht die notwendige Auflagenverdoppelung erreichen kann. Der Antrag wurde von Weihbischof Isáza befürwortet und als dringlich unterstützt. In dem Gesuch, das Anfang September als Soforthilfeantrag bei Adveniat vorlag, weist Bischof Isáza darauf hin, daß der „in ihrer Art einmaligen Publikation in Kolumbien“ zur Vorbereitung des Eucharistischen Weltkongresses eine wesentliche Aufgabe zufalle. Sobald die Nachfolgefrage in den Redaktionsstellen der Zeitschrift im Sinn der Konzilskirche geregelt worden ist, will Adveniat das Gesuch neu überprüfen. Inzwischen wurde Alfonso Henao, Direktor des St.-Paulus-Institutes in Bogotá mit einer neuen Equipe von Journalisten beauftragt, das Wiedererscheinen von „El Catolicismo“ vorzubereiten.

Ökumenische Nachrichten

Generalsekretär Eugene C. Blake stellt sich in Deutschland vor

Der neue Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, Eugene Carson Blake, am 11. Februar 1966 vom Zentralauschuß als Nachfolger Visser 't

Hoofts gewählt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 142 und 196), stellte sich am 26. Oktober in seiner neuen Eigenschaft anläßlich einer Tagung der Landeskirchenreferenten für ökumenische Fragen in der Evangelischen Akademie Arnoldshain der Evangelischen Kirche in Deutschland vor. Blake war wegen seiner Unionspläne in den USA (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 323 f.) nicht bei allen Gliedkirchen der EKD persona grata, weil „Union“ in Deutschland immer noch einen Beigeschmack hat. Doch in den USA wird die von Blake erstrebte Union von Protestantisch-Episkopalen, Vereinigten Presbyterianern, Methodisten, Vereinigter (Evangelischer) Kirche Christi, Disciples of Christ u. a., insgesamt 24 Millionen Glieder umfassend, nicht das Ergebnis einer königlichen Kabinettsorder sein, sondern die Frucht theologischer Überprüfung partieller Traditionen auf die Fülle Christi hin. Blake ist eine wesentlich theologische Gestalt.

„Wir in Genf sind keine Romantiker!“

Dies scheint man nun auch in Deutschland verstanden zu haben. Er wurde vom Präsidenten des Kirchlichen Außenamtes der EKD, Adolf Wischmann, begrüßt und gab den anwesenden Mitgliedern der „Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland“ einen Überblick über seine Tätigkeit in den USA unter besonderer Betonung seiner Arbeit für die Rassengleichheit. Sodann entwarf er einige Grundgedanken für seine Amtsführung als Generalsekretär, wenn er am 1. Dezember 1966 dieses Amt voll übernimmt. Dazu gehört, wie erwartet, eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedskirchen des Weltrates mit der römisch-katholischen Kirche und erhöhte Bemühungen, die „nur eine Kirche Christi“ gegenüber der Welt mehr sicht-

bar zu machen, u. a. durch gemeinsame Kundgebungen zu Lebensfragen der Völker wie durch ein gemeinsames Glaubenszeugnis. Blake erklärte, die Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“ habe gezeigt, welche Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der Nicht-Katholiken mit den römischen Katholiken schon bestehen (vgl. die Berichte der Herder-Korrespondenz vom Juli bis Oktober dieses Jahrganges). Was die eigentlichen Glaubensfragen betreffe, so sei er der Ansicht, daß sie besser in zweiseitigen Gesprächen mit den Vertretern der konfessionellen Weltbünde gefördert werden. Mit dieser Auffassung ist freilich eine gewisse Einschränkung der Arbeit von „Faith and Order“ verbunden. Grundsätzlich stellt Blake fest: „Man darf die Spaltung der Christenheit nicht als unabänderliches Faktum hinnehmen.“ Er warnte aber vor Illusionen: „Wir in Genf sind keine Romantiker!“ (epd., 27. 10. 66.)

Den evangelischen Kirchen in Deutschland empfahl Blake — obwohl es nicht seine Aufgabe sei, ihnen „Aufträge zu geben“ —, weiterhin intensive ökumenische Kontakte zu pflegen, um ihren Beitrag zum „Lernen aneinander“ zu leisten. Er bejahte das politische Engagement der EKD in Gestalt ihrer Denkschriften zu öffentlichen Fragen und verwies auf die analoge Tätigkeit des Nationalrates der Kirchen Christi in den USA. Er wiederholte auch unbefangen seine scharfe Kritik an der amerikanischen Vietnampolitik. Er kündigte an, daß die „Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten“ (CCIA) im Frühjahr 1967 in Den Haag eine neues Aktionsprogramm entwerfen werde, um u. a. die Bemühungen der nicht-römischen Kirchen um einen gerechten Frieden in allen Erdteilen der Weltöffentlichkeit ebenso ins Bewußtsein zu bringen wie die Friedensappelle des Papstes.

Ein Erfolg mit Mißklang

Er brachte den ökumenischen Referenten der Landeskirchen auch einige Kritik zur Kenntnis. So sei der 1961 auf der 3. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Neu-Delhi gefaßte Beschluß, den Weltmissionsrat in den Ökumenischen Rat zu integrieren, immer noch nicht voll wirksam geworden. Er hofft, daß das ökumenische Studienprogramm über die missionarische Struktur der Gemeinde Fortschritte erzielen werde, damit es in der farbigen Welt zu einem neuen Verständnis der Mission komme: „Wir müssen sie davon überzeugen, daß der kirchliche Kolonialismus ebenso der Vergangenheit angehört wie der politische.“ Ferner kritisierte Blake die römische Mischeheninstruktion vom 18. März 1966, die auch von fortschrittlichen Katholiken als unbefriedigend empfunden werde, meinte aber, daß in den Gliedkirchen des Weltrates trotzdem mehr zur Betonung der gesamtchristlichen Gemeinsamkeit getan werden sollte. Die Mitwirkung eines nicht-römischen Geistlichen an einer katholischen Trauung könnte unter Umständen vernünftiger sein, als wenn man zwei Menschen ihren Kirchen entfremden und die Ehe total säkularisieren.

Leider fehlte es nicht an einer Panne. Der vorgesehene Empfang des Rates der EKD am Abend konnte praktisch nicht stattfinden, da die meisten Mitglieder des Rates plötzlich verhindert waren. Zur Begrüßung hatten sich u. a. Kirchenpräsident a. D. Martin Niemöller, einer der sechs Präsidenten des Weltrates der Kirchen, der hessennassauische Kirchenpräsident Wolfgang Sucker und Landesbischof Erich Eichele, Stuttgart, als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft, eingefunden.

Dennoch berichtet ein zuverlässiger Zeuge, der die „Groteske“ dieser Abwesenheit des Rates der EKD hervorhebt, von einem Erfolg, den Blake zu verzeichnen hatte. Karl A. Odin meinte in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (28. 10. 66): „Von deutschen Kirchenleuten war bisher die Frage zu hören, ob Blake bei allen organisatorischen Fähigkeiten über den erforderlichen theologischen Tiefgang verfüge. Diese Befürchtungen haben sich in Arnoldshain als Vorurteil herausgestellt. Blake bestach durch die Kraft seiner theologischen Argumente und gewann die anwesenden deutschen Theologen für sich. Blakes Plan einer Union ist auf die Vereinigten Staaten beschränkt . . . Deshalb ist es wichtig, daß seine Vorstellungen in Arnoldshain auch von den deutschen Lutheranern günstig aufgenommen worden sind.“ So bedeute sein Erscheinen dort „einen Durchbruch“.

Viel Verständnis für Blake

Viel Verständnis für den neuen Generalsekretär findet sich auch in einer Würdigung seiner Person von Heinrich Stubbe in „Christ und Welt“ (4. 11. 66). Dort wird aus seiner theologischen Vergangenheit erklärt, warum Blake ein Vorkämpfer für die integrierte Kirche wurde, und zwar in einer integrierten Gesellschaft: weil er es auf kirchlicher wie auf staatlicher Seite als schädigend ansieht, daß die örtliche und gemeindliche Verwaltung den Schwerpunkt des amerikanischen Lebens bildet. Daher sein leidenschaftliches Wirken für die Entwicklung des Nationalrates der Kirchen Christi und sein politisches Engagement: er will die Mission der Kirche in Asien vor dem Krieg retten, den Amerika dort führt. Er wird für Strukturveränderungen im Weltrat der Kirchen wirken, nicht aber für einen Zentralismus.

Die beste zur Zeit vorliegende deutsche Würdigung brachte die Vierteljahresschrift der „Evangelischen Michaelsbruderschaft“ („Quatember“, Johannes 1966, S. 124 bis 127). Sie behandelt vor allem die Begründung, die Blake seinem Glauben an die Einheit der Kirche gibt, und sein Unionsprogramm, das von den Grundsätzen einer „evangelischen Katholizität“ getragen ist. In den vier Grundsätzen heißt es u. a.:

„Die vereinigte Kirche muß den Grundsatz einer fort-dauernden Reformation unter dem Worte Gottes durch die Führung des Heiligen Geistes anerkennen . . . Die reformatorischen Kirchen haben für Glauben und Leben herkömmlicherweise die Heilige Schrift als alleinige Autorität anerkannt. Bezüglich der Formulierung ‚sola scriptura‘ gibt es wohl keine Brücke zwischen katholisch und evangelisch. Es ist aber inzwischen im ökumenischen Gespräch klar geworden, daß die Protestanten im allgemeinen den rechten Platz für die Tradition erkannt haben, ebenso wie die Katholiken im allgemeinen eingesehen haben, daß alle Tradition dem Urteil der Schrift unterliegt, wie sie in der Kirche durch den Heiligen Geist interpretiert wird . . .“ Beide müßten voneinander lernen, hier das Sakrament und dort das Wort Gottes ernst zu nehmen.

Sodann müsse die wiedervereinigte Kirche auf eine wahrhaft demokratische Weise regiert werden. Blake bemüht sich, die Bedeutung des Bischofamt zu erkennen, erklärt aber: „Was wir nicht brauchen ist eine aristokratische oder autoritäre Hierarchie, und wir glauben auch nicht, daß eine vereinigte Kirche diese braucht . . .“ Katholizität ist für Blake ein etwas vager Begriff, der jedenfalls nicht die hierarchische Struktur der Kirche meint. Es ist verständ-

lich, daß die auf Korrektheit der Begriffe bedachte kontinentale Theologie Blakes Unternehmen skeptisch gegenübersteht. Er wird sich daran nicht stoßen. Das Feld der zerstreuten nicht-kontinentalen protestantischen Gemeinschaften, die zusammenfinden müssen, ist weit genug, um Blakes Bemühungen keine Grenzen zu setzen.

Russisch-orthodoxe Stimmen zur Nachkonzilszeit Das Journal des Moskauer Patriarchats brachte in der April-Nummer einen abschließenden Bericht seines bekannten Konzilsberichterstatters Alexander Kazem-Bek. Sein Hauptaugenmerk gilt der Konzilsverwirklichung.

Unter Berufung auf die Intentionen beider Konzilspäpste betont der Verfasser den pastoralen Charakter des Konzils, dessen Geist sich dem christlichen Gewissen und christlichen Denken mehr unter seinem mystischen, geistlichen und psychologischen Aspekt als in seinen formal-juridischen Realisierungen erschließe. Die Äußerungen der Konzilsväter seien von größerem Interesse als die von ihnen angenommenen Beschlüsse, die allzuoft Kompromisse und Halbheiten darstellten. Wenn sich die Ergebnisse des Konzils erst im Laufe der Zeit herausstellen werden, so sei dies durchaus ein Positivum — etwa im Vergleich zum Ersten Vaticanum, „dessen zahlreiche objektiv negativen Folgen sich sofort bemerkbar machten“. Mit der Verlagerung des Schwerpunktes der Reformbestrebungen in das Leben der Diözesen und der Nationen fange das Konzil im Bestimmten gerade jetzt erst an.

Das Erreichte äußerst bedeutsam

Doch auch das bisher Erreichte sei für die katholische Kirche „äußerst bedeutsam“. Man werde diese Ergebnisse noch gründlicher und eingehender zu studieren haben, „nicht nur deshalb, weil sie auf unsere christlichen Brüder der großen Kirche des Westens tief und nachhaltig einwirken werden, sondern auch deshalb, weil sie natürlich auch uns nicht gleichgültig sein können. Denn vieles aus ihrer Erfahrung ist auch für uns wichtig, um so mehr, als man auf dem Vatikanischen Konzil Stimmen — und zwar die autoritativsten — vernahm, die an uns und an die übrigen Christen gerichtet waren... Das Studium dieses umfangreichen Komplexes wird uns freilich viel Zeit und die angespannteste Aufmerksamkeit kompetenter Menschen abverlangen.“ Es ist bemerkenswert, daß Kazem-Bek nicht weniger als fünfmal an diese, den Orthodoxen bevorstehende Aufgabe erinnert (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 431). In Erwartung eingehenderer Analysen der Konzilsdokumente durch Vertreter seiner Kirche beschränkt er sich auf Hervorhebung einiger allgemeiner Punkte, denen er zwei kritische Bemerkungen als Ausdruck eines „Bedauerns“ auf orthodoxer Seite vorausschickt. Einmal darüber, daß man es im Vatikan „für möglich hielt“, Vertreter der „sogenannten Russischen Auslandskirche“ zum Konzil einzuladen, „eines kirchlichen Schismas politisierenden Charakters, der dem Wesen der Kirche Christi fremd ist“. Ferner darüber, daß sich auf dem Konzil eine „antikommunistische Hysterie“ bemerkbar machen konnte, als eine Gruppe von Konzilsvätern eine Verurteilung des Kommunismus als gesellschaftlich-politisches System durchzusetzen suchte. Zur Ehre der großen Mehrheit müsse allerdings gesagt werden, daß dieser Versuch von ihr nicht unterstützt wurde.

Dies ist übrigens die einzige, ganz ephemere Anleihe des Verfassers beim Arsenal sowjetischer Politlosungen. Sein Blick ist auf die Kirche und das Kirchliche gerichtet. Im Gegensatz zu den sowjetischen Konzilskritikern, denen die religiöse Erneuerung des Katholizismus nur die Einsetzung verfeinerter Methoden zur Bekämpfung des Marxismus-Leninismus bedeutet (Nauka i religija Nr. 3, 1966, S. 72) und denen die Religion im Zeichen des *aggiornamento* nur noch „gefährlicher“ erscheint (Voprosy filosofii Nr. 7, 1965, S. 180), wertet er den Aufbruch der katholischen Kirche aus „ihrem klassisch gewordenen Immobilismus, aus dem Zustand der Stagnierung“ zur „Erneuerung“ als ein begrüßenswertes Zeichen mit der diesem zukommenden kirchlichen und religiösen Tragweite. So gelten auch die von ihm angemeldeten Bedenken ausschließlich dem *kirchlichen* Gebiet der Konzilsverwirklichung, nicht etwa, wie es in sich möglich und denkbar gewesen wäre, politischen und sozialpolitischen Entwicklungen.

Mögliche Gefahren...

Eine Gefahr dafür, daß das positive und nützliche Beginnen des Konzils gebremst oder gar zunichte gemacht werde, sieht der Autor im ungewissen Ausgang der sich zweifellos auch nach dem Konzil fortsetzenden Auseinandersetzung zwischen der fortschrittlichen Mehrheit und der reaktionären Minderheit, aus der heraus er einen „Gegenangriff“ einflußreicher Hierarchen zur Festigung eines kompromißlosen Traditionalismus unter den Katholiken erwartet. In taktischer Hinsicht sei diese Minderheit jetzt in einer erheblich verbesserten Position. Die Durchführungsbestimmungen zu den Konzilsbeschlüssen und die Überwachung ihrer Verwirklichung sei weitgehend gerade den kurialen Kreisen übertragen, von denen sich die oppositionelle Minderheit schon während des Konzils inspirieren ließ.

Ein böses Zeichen für eine „Devaluation“ des vom Konzil erbrachten Nutzens sei beispielsweise der zur Woche der christlichen Einheit an die Anglikaner gerichtete Appell zur Rückkehr unter den Primat Roms. „Die Verschärfung des Themas der ‚Rückkehr‘ ist im Grunde ein fruchtloses Unterfangen, und ein ökumenischer Dialog, der mit den ‚verirrten Schafen‘ beginnt (was die traditionelle und sozusagen klassische Haltung der Kurie ist), wäre von vornherein als gescheitert zu betrachten.“ Besorgniserregend sei auch die mit technischen Schwierigkeiten begründete Hinauszögerung des Zusammentritts der neugebildeten Bischofssynode, wodurch sich dieses Gegengewicht gegen die alten bürokratischen Institutionen der Kurie noch ein ganzes Jahr nicht auswirken könne. Kazem-Bek verkennt bei alledem jedoch keineswegs die Ansätze Pauls VI. zu einer Strukturänderung der Kurie.

...und Unsicherheitsfaktoren

Als „realer Faktor“ der Konzilsverwirklichung gelten ihm aber vor allem die drei Sekretariate für die Einheit der Christen, für das Verhältnis zu den nichtchristlichen Religionen und zu den Ungläubigen sowie die Kommission zur Durchführung der Liturgiereform. Positiv wertet er ferner, daß Paul VI. in die nachkonziliäre Zentralkommission „solche Säulen der Konzilsmehrheit“ berief, wie die Kardinäle Liénart, Suenens, Döpfner und Lercaro. Doch ändere alles dies nicht die Tatsache, „daß die Durchführung der Konzilsbeschlüsse zur Zeit dem Appa-

rat der römischen Kurie anheimgegeben ist, was nicht nur in uns Befürchtungen erweckt. Die Zerstreuung dieser Zweifel dürfte in erster Linie von der angekündigten Kurienreform, von ihrem Umfang und ihrem Tempo abhängen.“

Als eine Auswirkung des römischen Primatsanspruchs, „des Steins des Anstoßes auf dem Wege zur organischen Wiedervereinigung der getrennten Kirche Christi“, sieht der Autor auch die Ausrufung der Gottesmutter zur Mutter der Kirche. Es gehe hier nicht darum, „daß man die Mutter des Herrn Jesu Christi etwa nicht Mutter seines Leibes, der Kirche, nennen könne, obwohl bei weitem nicht alle Theologen dies für notwendig und richtig gehalten hätten... Im gegebenen Fall ging es darum, daß eine solche Neueinführung — ohne Erörterung durch das einberufene und noch nicht geschlossene, das heißt noch in Vollmacht wirkende Konzil — nicht nur als Erinnerung an das ‚Primat Petri‘, sondern auch als seine Manifestation diene.“ Und mit diesem Moment, das dem Dialog zwischen orthodoxer und katholischer Kirche nicht gerade günstig sei und den Dialog mit den Protestanten erschwere, verbinde sich schließlich der allgemeine Eindruck einer gewissen „Verarmung“, dem der ganze Prozeß der Erneuerung seit der Proklamation des *aggiornamento* und der hierdurch bewirkten Erweckung vieler Hoffnungen unterlegen habe.

Zu den Unsicherheitsfaktoren rechnet Kazem-Bek schließlich die allzu zögernden Methoden Pauls VI. bei der Reform der Kirchenverwaltung. Doch sei es „äußerst wichtig, daß Papst Paul den von Papst Johannes gebahnten Weg nicht verlassen hat“. „Wir können ihm nur die Hilfe Gottes im Gebet wünschen“ — dem Papst, auf dem jetzt die Verantwortung für die Durchführung der Konzilsbestimmungen ruht und der in so wirkungsvoller Weise seine Sorge um die Erhaltung des Weltfriedens bezeuge.

Stellungnahme eines Bischofs

Mit einem im März-Heft des JMP veröffentlichten Bericht über das Endstadium des Konzils von Bischof Juwenalij nimmt zum erstenmal ein Hierarch das Wort in Konzilsangelegenheiten, offenbar als Einleitung zu der gleichfalls aus bischöflicher Feder stammenden Analyse der Konzilsdokumente, die inzwischen im JMP begonnen hat. Bischof Juwenalij war, noch als Archimandrit, Konzilsbeobachter. Auch seine Einstellung zur Römischen Kirche hebt sich gegen den Hintergrund sowjetischer Konzilskritik wohlthuend ab. Er sieht das Konzil mit den Augen der östlichen Schwesterkirche. „Das Konzil ist zu Ende, die Dokumente sind angenommen, die Konzilsteilnehmer sind abgereist... Der mystische Leib Christi, Seine Kirche, setzt sein irdisches Dasein fort. Und am wichtigsten ist es jetzt, wie die Konzilsbeschlüsse verwirklicht werden, welchen Geist die Bischöfe in ihre Eparchien mitbringen werden und ob die Welt, die Menschheit und die Christen der anderen Kirchen in der Römisch-katholischen Kirche eine Kirche erblicken werden, die der Welt, ihren Nöten und Hoffnungen und ihrem Heil dient.“

Auch Juwenalij entledigt sich sehr schnell der politischen Bemerkungen. Sogar die Einzelheiten des Schemas 13 bieten ihm keinen Anlaß zu politischer Kritik. Aus seiner objektiven Referierung der wichtigsten Momente der Pastoralkonstitution muß der Leser einen positiven Eindruck von den Grundsätzen erhalten, mit denen die westliche Kirche dem Allgemeinwohl und dem Weltfrieden dienen will.

Seine Kritik der auf Welt und Leben gerichteten Anstrengungen des Konzils kommt woanders her und gilt letztlich deren Diesseitsgerichtetheit schlechthin. Sie setzt nicht am Schema 13, sondern beim Dekret über das Laienapostolat an, in dessen Sinn „jeder katholische Laie ein Apostel in seiner Umgebung sei“. Gewiß, die „Tendenz zur aktiveren Heranziehung der Laien am kirchlichen Leben“ findet beim Autor „positive Bewertung“. Insofern diese Aktivierung der Laien ein kirchliches — in der Sowjetunion verbotenes — *Öffentlichkeitswirken* intendiert, kann sie aber nicht uneingeschränkt positiv, etwa als nachahmenswert für die eigene Kirche herausgestellt werden. „Wenn man bedenkt“, schränkt Juwenalij ein, „daß es in vielen Ländern der Welt ein weitverzweigtes Netz politischer und gesellschaftspolitischer katholischer Organisationen gibt, kann man zu der Annahme gelangen, daß diese Aktivierung in der Römisch-katholischen Kirche ein gewisses irdisches Interesse zum Schaden der wahren Berufung der Kirche begünstigen könnte.“ Bei dieser Reserve gegenüber einer Laien-Aktivierung spricht vermutlich die mönchische Einstellung des Autors mit.

Als Bischof stellt sich Juwenalij positiv zur Einrichtung der Bischofs-Synode, über die er ausführlicher berichtete. Wohl habe sie ausschließlich beratende Vollmachten, aber trotz ihrer „relativ beschränkten Funktionen“ könne angenommen werden, daß sie letztlich doch eine „positive Erscheinung“ für die Römische Kirche ist und „bis zu einem gewissen Grad den Geist der Konziliarität mit sich bringt“.

Der Primat

Keinesfalls könne sich dagegen das orthodoxe Bewußtsein mit der Weiterentwicklung der Lehre vom römischen Primat abfinden. Dieses Dogma ziehe sich wie ein roter Faden durch viele Konzilsdokumente. Die dogmatische Konstitution über die Kirche sei mit ihrer Bestätigung der päpstlichen Gewalt über die Kirche erheblich weiter gegangen als das Erste Vatikanum. Juwenalij zielt auf die „*nota explicativa*“ zur Kirchenkonstitution, nach der „das Hauptmerkmal des wahren Episkopats seine Gemeinschaft mit dem Papst als dem Stellvertreter Christi und Oberhaupt des Bischofs-Kollegiums sei“. „Das Dekret über die Orientalischen (unierten) Kirchen... unterstellt diese, obwohl es die alten Traditionen dieser Kirchen hoch achtet, der obersten pastoralen Betreuung des Papstes, der, wie es im Dekret heißt, der Nachfolger des heiligen Petrus im Primat über die ganze Kirche sei. Dieser Gedanke findet sich auch im Dekret über den Ökumenismus. Die Einheit der Christen betrachtet dieses Dokument nur als ihre Wiedervereinigung mit der Römisch-katholischen Kirche unter der Oberhoheit des Papstes, ‚denn‘, heißt es hier, ‚nur durch die Katholische Kirche Christi, die für alle das gemeinsame Mittel des Heils ist, kann man die ganze Fülle der Heilmittel erlangen‘. Vom orthodoxen Standpunkt aus kann von einem Einverständnis mit einer derartigen Auffassung von der Einheit nicht die Rede sein.“

Das ist die bekannte orthodoxe Position, autoritativ wiedergegeben vom offiziellen Konzilsbeobachter des Moskauer Patriarchats. Die gleiche autoritative Bedeutung kommt Juwenalij's Kommentierung der Aufhebung der Bannbulen zwischen Rom und Konstantinopel zu. Da hierzu bereits offizielle Stellungnahmen des Moskauer Patriarchen vorliegen, erübrigt sich hier eine nochmalige Wiedergabe.